

Artikel vom 03.01.2021

„Pressemitteilung zum Umspannwerk der Fraktionen B

## „Pressemitteilung zum Umspannwerk der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CSU



### *Verlagerung des Murnauer Umspannwerks – Ein Klassiker der vertanen Chancen*

**Es sollte eine historische Chance für Murnaus städtebauliche Entwicklung sein: Die Verlagerung großer Teile des Umspannwerks an den Ortsrand und ein damit möglicher Rückbau von Masten durch Erdverkabelungen. Es wurde zu einem Lehrstück, wie Projekte durch Intransparenz und Unvermögen scheitern.**

„Wir sind davon überzeugt, dass durch gutes Management unter der Federführung des Bürgermeisters und einer frühzeitigen Einbindung des Gemeinderates und der Bürgerschaft, die Verlagerung definitiv von Erfolg gekrönt gewesen wäre.“, erklären die Fraktionsspitzen Veronika Jones (Grüne), Rudolf Utzschneider (CSU) und Phillip Zoepf (Mehr Bewegen) einstimmig. Da unbegründete Schuldzuweisungen nicht abreißen, ist es an der Zeit, die Faktenlage darzulegen und Sachverhalte klar zu stellen, die der breiten Bevölkerung nicht bekannt sind.

Bereits 2017 wurde erstmals eine mögliche Verlagerung des Umspannwerks innerhalb der Verwaltung thematisiert und Bürgermeister Beuting informiert. Im Mai 2018 wurde dem Marktgemeinderat in einer nicht-öffentlichen Sitzung die Grüngutdeponie als möglicher Standort

vorgeschlagen, woraufhin der Auftrag erteilt wurde, den Standort zu untersuchen. Die Ergebnisse wurden im Juli 2019 im Gemeinderat vorgestellt. Laut Protokoll hieß es, „dass dieser Standort aufgrund von Altlasten nicht für die Nutzung als Umspannwerk geeignet ist.“

Erst Anfang 2020 kam ein zweiter Standort in der Nähe des Talweges ins Gespräch, der ebenfalls als „nicht umsetzbar“ verworfen wurde.

Im September 2020 wurden die Fraktionssprecher erstmals über eine mögliche Einhausung als neue Option am Standort Grüngutdeponie informiert. Nach intensiver Arbeit im Gemeinderat wurden am 25.11.2020 alle Optionen südlich der Riegseer Straße, und damit auch der Standort Grüngutdeponie, als nicht verwirklichtbar eingestuft. Seitdem überschlugen sich die Ereignisse in Sachen „Jahrhundert-Chance“:

Aus Dringlichkeit wurde ein Arbeitskreis mit Vertretern aller Fraktionen einberufen, und sich weiter intensiv für eine Verlagerung eingesetzt. Durch Abwesenheit gegläntzt hat dort Bürgermeister Rolf Beuting. Angeblich nahm er an den Sitzungen nicht teil, da er das Projekt nicht gefährden wolle. Eine persönliche Begründung für sein Fernbleiben fehlt bis heute.

Beispielhaft für die missglückte Informations- und Kommunikationspolitik seitens des Bürgermeisters ist der Irrglaube, ein Verbleib am derzeitigen Standort brächte zwingend eine massive Erhöhung der Masten mit sich. Dies ist jedoch nicht der Ertüchtigung des Standorts geschuldet, sondern einem Bauvorhaben einer benachbarten Gewerbeimmobilie. Ebenfalls wenig bekannt ist, dass bei einer Verlagerung ein Teil der Technik am bestehenden Standort verblieben wäre. Aus einem großen Umspannwerk wären zwei kleine geworden.

Auch eine Unterschriftenliste „pro Verlagerung“ ist dem Gemeinderat bis heute völlig unbekannt. Weder der Text der Unterschriftensammlung noch die Unterschriften selbst wurden jemals den Gremien vorgelegt.

Wichtig zu erwähnen ist zudem, dass die Verhandlungen nicht an einem Grundstücks- eigentümer allein gescheitert sind. Richtig ist, dass es bis heute von keinem der betroffenen Anrainer eine rechtsgültige Zusage gibt, das jeweilige Grundstück mit einer Dienstbarkeit zu belasten. Ohne diese ist jegliche Verlagerung unmöglich.

Eine Einhausung am jetzigen Standort ist die einzige verbliebene Möglichkeit aus städtebaulicher Sicht noch etwas zu verbessern. Dies geschieht ausschließlich auf Initiative und Beschluss einer Mehrheit des Gemeinderats vom 16.12.2020 und war vom Bürgermeister nicht vorgesehen, obwohl die Fraktionen CSU, Mehr Bewegten und Grüne bereits am 16. November einen Antrag auf Prüfung dieser Variante gestellt hatten.

Insgesamt wurden sieben Alternativstandorte vom Gemeinderat debattiert und genau beurteilt. Bis heute gibt es zu keiner Variante eine verlässliche Finanzplanung. Alle Entscheidungen bezüglich des Umspannwerks werden für Generationen Bestand haben. Wir können und wollen diese Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen treffen. Die notwendige Informationsgrundlage, inklusive der finanziellen Folgen, war und ist uns bis heute nicht umfassend gegeben.

Der Arbeitskreis und der Marktgemeinderat haben mit hohem Einsatz in nur drei Monaten versucht zu retten was nicht mehr zu retten war. Es war uns nicht möglich, in dieser kurzen Zeit die Versäumnisse von drei Jahren auszugleichen. Für das Scheitern ist einzig und allein durch seine Untätigkeit Bürgermeister Rolf Beuting verantwortlich.